Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

Entscheidung
In dem Statutenstreitverfahren
5/1984/St
30.06.1984

auf Antrag des

SPD-Ortsvereins D-M, vertreten durch die Vorsitzende I D,
Nr. 5/1984/ST - SKIG Nr. 342

SPD-Unterbezirks D-S, vertreten durch den Vorsitzenden, G, D,
Nr. 6/1984/ST - SKIG Nr. 341

SPD-Unterbezirks D-S, vertreten durch den Vorsitzenden G, D,
Nr. 7/1984/ST - SK/G Nr. 340

- Berufungsantragsteller-

hat die Bundesschiedskommission am 30.6.1984 unter Mitwirkung von

Inge Donnepp (Vorsitzende)
Dr. Johannes Strelitz
Prof. Dr. Peter Landau

entschieden:

1.) Die genannten Verfahren werden wegen des gleichen rechtlichen Sachverhalts zusammengefaßt.

2.) Die bei der Vorinstanz anhängig gemachten Verfahren sind insoweit unzulässig, als sie eine Entscheidung des Bezirksvorstandes oder des Unterbezirksparteitages erwirken oder bestätigen wollen. Die Entscheidungen der Vorinstanz werden insoweit aufgehoben. Die Unterbezirkssatzung (§ 4 ff. Unterbezirkssatzung hat insoweit nur den Charakter einer Empfehlung und stellt kein bindendes Statutenrecht dar.

Der § 8 Abs. 2 Organisationsstatut verbietet den Regionalsatzungen, andere Instanzen und Zuständigkeiten für die Abgrenzung der Gliederungen der SPD zu schaffen.

3.) Die durch den Unterbezirksvorstand vorgenommenen neuen Abgrenzungen der Ortsvereine sind nicht ermessenswidrig und damit rechtswirksam.

Gründe

- 1.) Es handelt sich um drei Statutenstreitverfahren, die alle auf den selben Sachverhalt zurückgehen. Der Vorstand des Unterbezirks D der SPD beschloß am 21. November 1983 die Neugliederung der Ortsvereine D-B, D-M und damit auch die Einrichtung eines Ortsvereins D-P u.a. Die Vorgeschichte dieses Beschlusses - Empfehlungenbeschlüsse des Unterbezirksparteitages, die Berichte eingesetzter Kommissionen und Auseinandersetzungen zwischen den Beteiligten - ist sowohl für dieses als auch die anderen hier anhängigen Verfahren (siehe oben) deshalb unerheblich für die Entscheidung, weil es sich bei diesen Statutenstreitverfahren wie bei einer abstrakten Normenkontrolle um die Entscheidung von Satzungsstreitigkeiten, das heißt über die Auslegung von Satzungen oder über das Verhältnis von Satzungen - z. B. Bundesstatut zu Regionalsatzung usw. - zueinander handelt. Ganz unabhängig davon, daß Einzelheiten der Vorgeschichte dieser Verfahren für die hier zu entscheidende Rechtsfrage nicht erheblich sind, besteht zwischen allen Verfahrensbeteiligten über diese Vorgeschichte - Beschlüsse der verschiedenen Gliederungen, Zeitablauf, usw. - kein Streit.
- 2.) Die oben angeführten Verfahren wurden von der Bezirksschiedskommission 1 des Bezirks H-S unter den Aktenzeichen SK/G Nr. 342, SK/G Nr. 341 und SK/G Nr. 340 entschieden, worauf jeweils der Verfahrensbeteiligte, dessen Antrag nicht entsprochen worden war, Berufung zur Bundesschiedskommission einlegte.
- 3.) Die Statutenstreitverfahren - § 21 der Schiedsordnung (SCHO) - teilen sich auch in solche, die, ohne einen Verfahrensgegner (Antragsgegner) zu bezeichnen oder zu kennen, beantragt werden, und andere, die sich ausdrücklich gegen einen Antragsgegner richten. Das letztere ist hier der Fall, doch spielt dies für die zur Entscheidung anstehenden Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung der Satzung keine Rolle.
- 4.) Das gleiche gilt für den materiellen Inhalt der angefochtenen Entscheidungen der Bezirksschieds-kommission, weil in dem hier anhängigen Verfahren es um das Verhältnis der Regelung gemäß § 8 Abs. 2 Organisationsstatut der SPD (OST) zu der Satzung des Ortsvereins D, geht. Insofern wird auf den weiteren Akteninhalt verwiesen.
- 5.) Die Bundesschiedskommission ist von ihrem Grundsatz der schriftlichen Entscheidung - vergleiche das allen Verfahrensbeteiligten zugeleitete Formblatt der Bundesschiedskommission über die Verfahrensweise und die Besetzung der Bundesschiedskommission - nicht abgewichen, da der Sachverhalt unstreitig, die Rechtsansichten aber bereits in den Ausgangsverfahren und vor allem in den Berufungsbegründungen hinreichend dargestellt waren. Die Bundesschiedskommission muß in solchen Verfahren ohnehin alle rechtlichen Aspekte beachten, auch wenn sie von den Verfahrensbeteiligten gar nicht vorgebracht wären. Vgl. oben 1. 1.).
- 6.) Die Bundesschiedskommission hat daher die drei oben genannten Verfahren zusammengezogen, da es sich jedesmal um die selbe, mehrfach erwähnte Statutenrechtsfrage handelt.

II.

- 1.) Die Zusammenfassung der drei Verfahren in der Berufung vor der Bundesschiedskommission stellt nicht nur eine Verfahrensökonomie dar, sondern war auch geboten, weil die Einheitlichkeit der Rechtsprechung eine eindeutige und auf alle Fälle des Statutenstreits dieser Art bezogene Entscheidung verlangt.
- 2.) Wie die Bundesschiedskommission bereits mehrfach festgestellt hat - Entscheidung der Bundesschiedskommission vom 22. Januar 1976 im Statutenstreitverfahren auf Antrag des SPD-Landesvorstandes B über die Neugliederung des Landesverbandes (Bezirks) in Unterbezirke und die Entscheidung der Bundesschiedskommission vom 16. Januar 1980 auf Antrag des SPD-Ortsvereins D-E über die Neugliederung und Abgrenzung dieses Ortsvereins - ist durch den § 8 Abs. 2 OST eine eindeutige Zuständigkeit und Regelung für diese Bereiche der Vorstandstätigkeiten geschaffen worden. Danach gliedert der Parteivorstand (Bundesvorstand) die Bezirke nach politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und grenzt sie entsprechend ab. Nach den gleichen Grundsätzen sind die Bezirksvorstände für die Abgrenzung der Unterbezirke und die Unterbezirke für die Abgrenzung der Ortsvereine zuständig. Diese Zuständigkeit kann durch regionale Satzungen (Bezirks-, Unterbezirks-, und andere) Satzungen nicht eingeschränkt werden. Diesbezügliche Inhalte der Regional- und Ortssatzung haben allenfalls die Eigenschaft von Ordnungsvorschriften, deren Einhaltung zwar in manchen Fällen wünschenswert sein mag, aber niemals im Falle der Nichteinhaltung zu einer Minderung der Rechtskraft der Beschlüsse des zuständigen Vorstandes führen kann. Schon gar nicht können durch Regionalsatzungen Zuständigkeiten und Instanzen geschaffen werden, die im OST nicht vorgesehen sind. Es kann hier dahingestellt bleiben, ob solche Inhalte der Regionalsatzungen, die den Charakter von Ordnungsvorschriften haben, als eine Empfehlung an die entsprechende Gliederung fakultativ zur Disposition gestellt sind – immer ohne zwingenden Bindungscharakter zu besitzen - (vergleiche z.B. die oben erwähnte Entscheidung der Bundesschiedskommission zu D-E oder auch zuletzt die Entscheidung der Bundesschiedskommission vom 3. Mai 1984 in dem Statutenstreitverfahren auf Antrag des SPD-Ortsverein D-B), auf jeden Fall sind regionale Satzungsbestimmungen, durch die neue Zuständigkeiten für die Neugliederung und Abgrenzung der Gliederungen der Partei außerhalb oder zusätzlich zu den Bestimmungen des OST eingesetzt werden sollen, nichtig. So auch in den hier angefochtenen Entscheidungen der Bezirksschiedskommission die Zuweisungen an den Unterbezirksparteitag oder den Bezirksvorstand.
- 3.) Insoweit hätten die Verfahren vor der Bezirksschiedskommission zurückgewiesen werden müssen, weil die Berufung auf nichtige, im Gegensatz zum OST stehende Bestimmungen einer Regionalsatzung die Unzulässigkeit des Verfahrens begründet.
- 4.) Auch zu der Frage, ob das Ermessen der zuständigen Vorstände bei der Neuabgrenzung und Neugliederung durch die Schiedskommission und zuletzt durch die Bundesschiedskommission nachprüfbar ist, hat die Bundesschiedskommission in ihren oben erwähnten Entscheidungen verneinend Stellung genommen. Sie bestätigt diese

Auffassung. Das OST hat eine eindeutige Zuständigkeitszuweisung ohne jede Einschränkung vorgenommen, die nicht in ihrer Wirkung durch regionale Satzungen rechtsverbindlich beeinträchtigt werden kann.

- 5.) Zulässig wäre – wie grundsätzlich in allen Fällen der Zuweisung einer Ermessenszuständigkeit – der Antrag auf Nachprüfung eines Ermessensmißbrauchs, auch wenn dies nicht ausdrücklich im OST oder in regionalen Satzungen vorgesehen ist. Aber auch in diesem Fall bestätigt die Bundesschiedskommission ihre in den drei oben genannten – und auch anderen – Entscheidungen, vertretene Auffassung, wonach Meinungsverschiedenheiten über die politische und wirtschaftliche Zweckmäßigkeit einer Abgrenzung oder Neugliederung allein keineswegs auf einen Ermessensmißbrauch hindeuten. Der Ermessensmißbrauch muß offensichtlich, offenkundig und auf den ersten Blick erkennbar sein. Zur Nachprüfung der Zweckmäßigkeit sind die Schiedskommissionen und auch die Bundesschiedskommission nicht berufen. Das Ermessen über die Zweckmäßigkeit ist vom OST mit aller Eindeutigkeit der Exekutive, das heißt nur den nach § 8 Abs. 2 OST zuständigen Vorständen zugewiesen. Ein Ermessensmißbrauch ist in den hier entschiedenen Verfahren in keinem Fall erkennbar.

(Inge Donnepp)